

## **Antrag**

**der Abg. Holger Matthews, Antje Möller, Alexander Porschke, Jutta Biallas,  
Heike Sudmann, Norbert Hackbusch (GAL) und Fraktion**

### **Betr.: Keine Castor-Transporte nach Gorleben**

Die Bürgerschaft möge beschließen:

A) Die Bürgerschaft lehnt Transporte von bestrahlten Brennelementen in das sogenannte Zwischenlager Gorleben aufgrund der ungelösten Frage ihres endgültigen Verbleibs ab.

Der Senat wird daher ersucht, sich dafür einzusetzen, daß Atomtransporte ins Zwischenlager Gorleben nicht stattfinden.

B) Damit soll auch erreicht werden, daß keine Hamburger Polizeikräfte für die Sicherung der Anfang März 1997 anstehenden Castor-Transporte ins sogenannte Zwischenlager Gorleben bereitgestellt werden müssen. So wird vermieden, daß Hamburger Polizeikräfte mit Gewalt gegen die zigtausend Menschen die Transporte durchsetzen müssen. Außerdem werden die Polizeikräfte nicht unnötigerweise gesundheitlichen Risiken durch die radioaktive Strahlung des Castor-Transportbehälters ausgesetzt.

Die Bürgerschaft schließt sich insofern auch den wachsenden Zweifeln des GdP-Bundesvorstandes über die bisherige Festlegung von Gefährdungsgrenzen durch die Neutronenstrahlung des Transportbehälters an und unterstützt die Auffassung der GdP, daß die Innenminister der Länder, die die Verantwortung für die Gesundheit der eingesetzten Beamtinnen und Beamten der Polizei haben, aus ihrer Fürsorgepflicht besondere Vorsicht walten lassen müssen.

#### *Begründung:*

A) Die AKWs können nur betrieben werden, solange der Entsorgungsnachweis für die radioaktiven Abfälle erbracht werden kann. Die derzeitigen Entsorgungswege über die WAA und die sogenannte Zwischenlagerung sind jedoch nichts weiter als eine Fiktion. Bis heute ist die Entsorgung der Atomkraftwerke nicht gelöst, ein Endlager ist auf lange Sicht nicht erkennbar. Die derzeitige Entsorgungspraxis ist nicht verantwortbar.

— Bei der praktizierten Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente in den Anlagen in La Hague und Sellafield wird zusätzlicher Atom Müll produziert. Außerdem wird das Ultrareine Plutonium abgetrennt, ohne daß dies aus energiepolitischer Sicht erforderlich wäre. Dies hat mit der vom Atomgesetz geforderten „schadlosen Verwertung“ nichts zu tun. Denn eine Verwertung findet bis heute nicht statt: Bis heute ist kein einziges Gramm dieses Plutoniums in einem HEW-Reaktor eingesetzt, obwohl Krümmel seit zehn Jahren und Brunsbüttel bereits seit 20 Jahren am Netz sind. Das seit Jahren angehäuften Plutonium ist grundsätzlich atombombentauglich und stellt damit ein enormes Sicherheitsproblem dar. Die WAA hat mit Entsorgung daher nichts zu tun. Im Gegenteil potenzieren sie die Risiken der Atomenergienutzung noch um ein Vielfaches. Hinzu kommt, daß die WAA im Vergleich zur sogenannten direkten Endlagerung auch deutlich teurer ist.

— Die sogenannte Zwischenlagerung des Atom Mülls ist vor dem Hintergrund, daß es bis heute keine tauglichen Endlager gibt und der Salzstock in Gorleben vollkommen ungeeignet ist, eine Farce. Angesichts der ungelösten Entsorgung stellen Transporte in diese Lager ein zusätzliches Sicherheitsrisiko dar. Die Unfälle von Atomtransporten vor wenigen Tagen am AKW Krümmel (ein leerer Castor-Waggon war aus der Spur gesprungen) und in Apach (mehrere Wagen mit beladenen Castor-Behältern waren entgleist) machen deutlich, daß schwere Unfälle nicht auszuschließen sind. Außerdem ist die Lagerung in weder gegen Flugzeugabstürze noch gegen Beben ausgelegten normalen Industriehallen nicht vertretbar.

Hinzu kommt, daß es für die Transporte von den AKW Grundremmingen und Neckarwestheim objektiv keinen dringenden Bedarf gibt. Die vorhandenen Lagerkapazitäten an den Standorten sind noch ausreichend groß, so daß auf einen Abtransport verzichtet werden könnte.

Gerade an dieser Stelle wird der Eiertanz der SPD in Sachen Atomausstieg und Entsorgung überdeutlich. Einerseits bezeichnet Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) die Atomtransporte ins Wendland als überflüssig. Laut „FR“ vertritt Schröder die Auffassung, daß auf die „objektiv überflüssigen Transporte“ (vgl. „FR“ vom 8. Februar 1997) verzichtet werden könne.

Andererseits führt die SPD auf Fachebene Gespräche mit der Bundesregierung über die zukünftige Entsorgung der Atommeiler und strebt einen faulen Kompromiß an, der zur Folge hat, daß der Betrieb der AKWs für lange Zeit abgesichert wird. Damit werden auch zukünftig weiter zahllose und gefährliche Atomtransporte durch Deutschland und Europa rollen. Mit einer konsequenten Anti-Atompolitik hat dieser Kurs der SPD nichts zu tun.

Die bis heute ungelöste Entsorgung des Atom Müllproblems wird auch dadurch nicht gelöst, wenn neuerdings aus diesen Großen-Koalitions-Gesprächen (sogenannte Entsorgungs-Konsens-Gespräche) bekannt wird, daß künftig u. U. der Atom müll in den Pazifik verfrachtet werden soll. Diese Überlegungen machen im Gegenteil deutlich, daß es verantwortbare Konzepte für die Endlagerung immer noch nicht gibt. Aus all diesen Gründen darf es keine weiteren Transporte mehr ins Wendland geben.

B) Seit Jahren ist die Wirkung von radioaktiver Niedrigstrahlung in der Fachwelt heftig umstritten. Erst vor wenigen Monaten wurden neue, niedrigere Strahlenwerte für beruflich exponierte Personen im Rahmen der EU beschlossen. Die Umsetzung in deutsches Recht hat bisher nicht stattgefunden. Gleichzeitig wird von atomkritischen und unabhängigen Experten (Kuni, Köhnlein u. a.) seit Jahren darauf hingewiesen, daß auch dieses neue Regelwerk noch von viel zu hohen Werten ausgeht und die biologische Wirkung beispielsweise der Neutronenstrahlen qualitativ unterbewertet wird. Demnach würden Polizist/innen, die in unmittelbarer Nähe der Castor-Behälter zum Einsatz kommen, möglicherweise einem erheblich größeren Gesundheitsrisiko ausgesetzt als bislang angenommen.

Für die niedersächsische Polizei gilt angesichts dieser Unsicherheiten, daß Polizist/innen nicht in unmittelbarer Nähe der Castor-Behälter eingesetzt werden dürfen.

Angesichts der ungelösten Entsorgung macht es keinen Sinn, Hamburger Polizeikräfte für politisch unverantwortliche Atomtransporte einzusetzen und sie damit zusätzlich auch gesundheitlichen Risiken auszusetzen.